

fragen ■ fordern ■ antworten



Europawahl 2014
Wahlprüfsteine

EFB Wahlprüfsteine zur Europawahl 2014

Thema: Klimawandel – Klimapolitik [Zusatzinformation]

Mit dem Klima- und Energiepaket 2020 hat sich die EU die sogenannten "20-20-20-Ziele" verbindlich gesetzt. Demnach verspricht sich die EU einer Einsparung von Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Prozent gegenüber 1990. Außerdem sollen bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent sowie der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 Prozent gesteigert werden. Entsprechende Regelungen sind per EU-Richtlinien unter anderem zum Emissionshandel, zur Lastenteilung, zur Energieeffizienz und zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Kraft gesetzt.

Diese interne Selbstverpflichtung zur Emissionsreduktion um 20 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 1990 spiegelt sich im zugesagten Reduktionsziel der EU innerhalb der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls (2013 bis 2020) wider. Auf eine in Aussicht gestellte Anhebung des Reduktionsziels auf 30 Prozent gegenüber 1990 konnten sich bislang nicht alle EU-Mitgliedstaaten verständigen. Die EU mit ihren heute 27 Mitgliedstaaten hat am jährlichen Treibhausgasausstoß weltweit einen Anteil von etwa elf Prozent.

Bleibt die EU bei ihrem bislang angekündigten Klimaziel bis 2020 auf einem Niveau von 20 Prozent unter den Emissionen von 1990, steht sie im Dialog mit der internationalen Staatengemeinschaft und den beteiligten Akteuren eher schwach da und würde mehr einen Rückschritt als einen wirklichen Fortschritt signalisieren. Damit wäre die Glaubwürdigkeit der EU-Klimaschutzanstrengungen erheblich in Frage gestellt, da selbst eigen EU-Projekte zeigen, dass keine Anreize bestehen, weiterhin in Anstrengungen zu investieren, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen. Eine Anhebung des EU-Klimaziels bis 2020 sowohl EU-intern als auch gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft ist daher zwingend erforderlich.

Die EU will über 2020 hinaus ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 senken. Dieses Ziel ist wichtig, um die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. 2020 markiert dabei genau die Halbzeit. Bleibt es bei den ambitionslosen 20 Prozent für 2020, müssten die Klimaschutzbemühungen danach dermaßen verstärkt werden, dass das Erreichen des 2050-Ziels – sofern überhaupt noch möglich – sehr viel teurer würde. Der kosteneffizienteste Pfad zum 80 bis 95-Prozentziel, das zeigen Berechnungen der EU-Kommission, liegt bei 34 bis 38 Prozent Emissionssenkung bis 2020. Sogar das von vielen Akteuren geforderte 30-Prozentziel wäre damit noch zu niedrig.

Der UN-Klimagipfel in Warschau im Winter 2013 ist mit wenigen Ergebnissen zu Ende gegangen. Die Delegierten einigten sich auf einen Fahrplan für ein neues Klimaabkommen, das 2015 in Paris beschlossen werden soll. Hauptstreitpunkt der etwa zweiwöchigen Verhandlungen war die Frage nach einem finanziellen Ausgleich für Schäden durch Klimawandel bedingte Naturkatastrophen in Entwicklungsländern. In dem Fahrplan für die Verhandlungen in Paris 2015 sollen alle UN-Staaten im Frühjahr 2015 Klimaziele vorlegen, die dann von den anderen Staaten beurteilt werden. Der Fahrplan wurde aber in den Verhandlungen abgeschwächt, so dass nun nicht mehr von der Vorlage verbindlicher Ziele die Rede ist, sondern nur von "Beiträgen". Der Gipfel wurde von extrem zähen Verhandlungen und ungewöhnlich scharfer Kritik durch die Zivilgesellschaft geprägt. So verließen etwa 800 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) die Verhandlungen aus Protest, darunter große internationale Organisationen wie Friends of the Earth oder Greenpeace. Auch die teilnehmenden Frauenorganisationen verließen geschlossen die Konferenz. Die Kritik der NGOs richtete sich neben dem mangelnden politischen Willen der Unterhändler, eine ehrgeizige Einigung zu erzielen, auch gegen die polnische Regierung, die den Klimagipfel großzügig von der Kohleindustrie finanziell ausstatten ließ.

Auffällig ist, dass die Geschlechtergerechtigkeit in der klimapolitischen Diskussion kaum geführt wird. Dabei tragen Männer und Frauen unterschiedlich zu den Ursachen des Klimawandels bei und sind unterschiedlich von den Auswirkungen betroffen. Sie reagieren unterschiedlich auf den Klimawandel und greifen – wenn sie die Wahl haben – auf unterschiedliche Maßnahmen zum Schutze des Klimas zurück. Auch unterscheiden sich die Zugänge zu Ressourcen und Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. Es liegen nur wenige bis kaum Daten vor, die das Geschlecht berücksichtigen. Dabei sind Frauen nicht nur Opfer des Klimawandels, sondern verfügen über wichtige Überlebens- und Bewältigungsstrategien. Beide, Männer und Frauen, sind wichtige Akteure bei der Gestaltung von Klimapolitik.

Eine Analyse der Emissionen zeigt, dass der Energieverbrauch in Industrienationen bei Männern und Frauen unterschiedlich ist. In Schweden, einem gleichstellungspolitischen Vorreiterstaat, ist der Verbrauch männlicher Single-Haushalte um 22% höher als der weiblicher. Um die Verstärkung der Ungleichheiten zu reduzieren, sind geschlechtergerechte Überlegungen und Maßnahmen bei klimapolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Maßnahmen auf EU-Ebene:

- Die Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG wurde am 14. November 2012 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und ist 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt, am 04. Dezember 2012, in Kraft getreten. In der Richtlinie sind zahlreiche Energieeffizienzaktivitäten vorgesehen, die von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden sollen bzw. müssen.

Wichtige Hinweise und Links:

- EU-Richtlinie zur Energieeffizienz (2012/27/EU):
http://www.energieeffizienz-online.info/fileadmin/edl-richtlinie/Downloads/Energieeffizienzstandards/Gesetze/EG_R/EG-R_Energieeffizienz-RL_2012-27-EU.pdf
- Bürgerinfo: Das Klima- und Energiepaket der EU:
http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/klima-_und_energiepaket.pdf
- Der IPCC-Bericht:
<http://www.de-ipcc.de/de/128.php>

- Gender CC – Women for Climate Justice:
<http://www.genanet.de/unfccc.html>
- "Gender in die Klimapolitik! Toolkit für Klimaexpert/innen und Entscheidungsträger/innen":
http://www.gendercc.net/fileadmin/inhalte/Dokumente/Tools/Toolkit_Gender_in_die_Klimapolitik.pdf
- Klima-Allianz (Vereinigung von 40 Kirchen, Verbänden und Organisationen):
<http://www.die-klima-allianz.de>